

TEXTE ZUM POLITISCHEN SYSTEM RUSSLANDS UNTER WLADIMIR PUTIN

1. Das Justizsystem Russlands (Caroline von Gall | 1.6.2018)

www.bpb.de/themen/europa/russland/47954/das-justizsystem-russlands

(Ausschnitte aus dem Gesamttext)

Weltweit gilt die russische Justiz als wenig unabhängig, auch die Russen haben wenig Vertrauen in ihre Gerichte. Worauf gründen diese Einstellungen? Sind die Richter tatsächlich abhängig? Und wer kann die Defizite ausgleichen?

... Nach einer Einstufung der Nicht-Regierungsorganisation Freedom House, die den Grad der Unabhängigkeit der Justiz in verschiedenen Ländern misst, rangiert Russland auf den hinteren Plätzen. Auch die Weltbank gibt der russischen Justiz ein schlechtes Zeugnis. In den weltweit mit viel Aufmerksamkeit verfolgten Prozessen gegen den ehemaligen Öl-Magnaten Michail Chodorkowskij oder die Punkband Pussy Riot wurden die Defizite des russischen Justizapparats überdeutlich sichtbar.

Das Vertrauen der Bürger Russlands in ihre Richter und Gerichte ist seit Jahren entsprechend gering. Nach einer in Russland durchgeführten Umfrage des Levada-Zentrums aus dem Jahr 2017 halten nur 26 Prozent der Befragten russische Gerichte für voll vertrauenswürdig.

„Herrschaft durch das Recht“ statt „Herrschaft des Rechts“

Stattdessen nutzt die politische Elite das Recht auch heute wieder offen als Instrument der Repression durch politische Prozesse gegen Oppositionelle und Kunstschaffende. Außerdem werden Strafverfahren genutzt, um bestimmte politische Entscheidungen zu legitimieren. So unterstrichen die Schauprozesse gegen die ukrainische Pilotin Nadija Sawtschenko, die Leiterin der Moskauer Bibliothek für ukrainische Literatur Natalja Scharina und den ukrainischen Regisseur Oleg Sentsov die Darstellung der politischen Elite, nach der ukrainische Faschisten die legitime ukrainische Regierung gestürzt hätten und von dem Putsch eine extremistische Gefahr für die Russen in der Ukraine und Russland selbst ausgehe. Statt von der „Herrschaft des Rechts“ sprechen Experten daher von der „Herrschaft durch das Recht“. ...

Insofern hört die Unabhängigkeit der Justiz von der Politik also jedenfalls dort auf, wo die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Mächtigen auf dem Spiel stehen. Freiheit gibt es andersherum nur, wo sie die Mächtigen nicht gefährdet. Die Justiz ist im Ergebnis auch hier nicht unabhängig, man lässt sie jedoch gewähren. ...

Unabhängigkeit der Richter

Während die Unabhängigkeit der Richter grundsätzlich in der Verfassung festgelegt wird, fehlt es an einfachen Regelungen, die dieses Prinzip in der Praxis verwirklichen. Andersherum stärken eine Reihe von Regelungen die Abhängigkeit von der Politik und die Systemtreue des Richters. So ist der einzelne Richter stark vom Präsidenten seines Gerichts abhängig. Beispielsweise werden die einzelnen Fälle innerhalb eines Gerichts weiter vom Gerichtspräsidenten nach freiem Ermessen an den jeweiligen Richter verteilt. Der

Gerichtspräsident ist gleichzeitig für Disziplinarmaßnahmen zuständig. Damit kann er die Rechtsprechung durch die Übergabe eines Falls an einen bestimmten Richter beeinflussen. Dies verletzt das Prinzip des gesetzlichen Richters und gefährdet die Unabhängigkeit des Richters. Die unbestimmten Regelungen des Disziplinarrechts sind ein weiteres Einfallstor.

Die Verfassung setzt voraus, dass Richter über eine juristische Hochschulausbildung und eine juristische Berufspraxis von mindestens fünf Jahren verfügen müssen. Rekrutiert werden die Richter in der Praxis vor allem aus Gerichtsmitarbeitern und Mitgliedern der Sicherheitsorgane wie der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Sie kennen das System und haben sich in ihm bewährt. Rechtswissenschaftlern oder Rechtsanwälten ist die Justiz zunehmend verschlossen.

Auch wenn die Gehälter der Richter gestiegen sind, bleibt ihre Abhängigkeit von Bonuszahlungen und Zuweisungen von Wohnungen, die ebenfalls vom Gerichtspräsidenten vorgenommen werden. Währenddessen sind die obersten Richter persönlich eng mit der Politik verbunden.

2. **Die Journalistin, die den „großen Zaren“ kritisierte** (Florian Kellermann | 7.10.2021)

www.deutschlandfunk.de/jahrestag-der-ermordung-von-anna-politkowskaja-die-100.html

Vor 15 Jahren wurde Anna Politkowskaja ermordet. Die Journalistin hatte über den Tschetschenien-Krieg berichtet – und dabei immer wieder die Regierung kritisiert. Bis heute wurde das Verbrechen an ihr nicht wirklich aufgeklärt. Doch am Jahrestag lebt die Erinnerung an sie und ihre Arbeit wieder auf.

Anna Politkowskaja wurde oft mit dem Tod bedroht und einmal, auf einem Flug, sogar schwer vergiftet. Das hielt sie nicht davon ab, über eines der in den 2000er-Jahren brisantesten Themen in Russland zu berichten – den Krieg in Tschetschenien. Politkowskaja deckte auf, wie grausam die russische Armee und ihre tschetschenischen Verbündeten vorgingen, etwa, wie sie Gefangene folterten.

Nie nahm sie ein Blatt vor den Mund, auch nicht in ihrem letzten Interview. Über Ramsan Kadyrow, den damaligen tschetschenischen Verbündeten des Kreml und das heutige Oberhaupt der Republik Tschetschenien, sagte sie: „Kadyrow ist im Grunde extrem verlogen. Im tschetschenischen Fernsehen sagt er: Wir werden diese Russen vertreiben. Wir zeigen ihnen, wo ihr Platz ist. Er kann die Hand des großen Zaren lecken und am selben Tag den Tschetschenen im Fernsehen sagen: Wir werden ihn in die Schranken weisen.“

Mit dem „großen Zaren“ war Präsident Wladimir Putin gemeint. Zwei Tage nach dem Interview, heute vor 15 Jahren, wurde die Journalistin ermordet. Im Aufzug des Hauses in Moskau, in dem die damals 48-Jährige wohnte, mit mehreren Schüssen aus einer Pistole.

3. Rechtsstaatlichkeit (Ausschnitt aus Politisches System und aktuelle Politik in Russland der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) <https://osteuropa.lpb-bw.de/russland-politisches-system>

Immer wieder belegt Russland in internationalen Rankings zur Rechtsstaatlichkeit Plätze in den hinteren Reihen. Ist Russland also kein Rechtsstaat, obwohl die Verfassung von 1993 dies erklärt und Russlands Mitgliedschaft im Europarat ein Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit mit sich bringt? Zwar entspricht die Rechtswirklichkeit in keinem Land der Welt allen Anforderungen des Rechts. Doch ist die Kluft zwischen Recht und Rechtswirklichkeit laut World Justice Project in den meisten Staaten kleiner als in der Russischen Föderation. Im Kreis der Europarat-Mitglieder schneidet allein die Türkei noch schlechter ab, so Benjamin Reeve im Dossier Rechtsstaatlichkeit für dekode.org. Jüngst wurde Russland aufgrund dessen vom Europarat suspendiert und hat seinerseits dann auch verkündet, seine Arbeit in diesem Gremium nicht weiter fortzuführen.

Mit der offensichtlichen Desinformationskampagne über den Krieg in der Ukraine, dem neuen Mediengesetz, das die Verbreitung von sogenannten „Falschinformationen“ unter hohe Strafen bis zu 15 Jahren Gefängnis stellt, dem harten Vorgehen gegen Anti-Kriegsdemonstrationen im Land sowie dem Verbot kremlkritischer Medien und diverser Social-Media-Plattformen hat Präsident Putin jegliche Tarnung aufgegeben und sich ganz offen von rechtsstaatlichen Prinzipien abgewandt. Auch auf die Einhaltung internationalen Rechts legt er offensichtlich keinen Wert mehr, indem er mit seinem aggressiven Angriffskrieg gegen die Ukraine mit den im Völkerrecht verankerten Konventionen bricht.

4. Wahlen (Ausschnitt aus Politisches System und aktuelle Politik in Russland der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

<https://osteuropa.lpb-bw.de/russland-politisches-system>

Was die Präsidentschaftswahlen anbelangt, sitzt Putin seit vielen Jahren fest im Sattel. So erhielt er bei der vergangenen Präsidentschaftswahl 2018erneut die meisten Stimmen. Mit 76 Prozent erreichte er sein bisher bestes Wahlergebnis. Es ist die vierte Amtszeit Putins im Kreml. Ob Putin bei der Wahl 2024 abermals antreten wird, darüber hat er sich bislang noch nicht geäußert.

Auch aus den vergangenen Duma-Wahlen ging die Regierungspartei „Einiges Russland“ stets als Sieger hervor. So auch bei der Duma-Wahl 2016.Die Regierungspartei erzielte mit 54 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Die liberale Opposition schaffte es nicht ins russische Parlament.

Die Popularität Putins ist in den letzten Jahren jedoch gesunken. Bei der Duma-Wahl im September 2021kam es laut offiziellen Auszählungen dennoch abermals zu einem Sieg der Regierungspartei mit rund 50 Prozent der Stimmen, gefolgt von den Kommunisten, die sich mit gut 21 Prozent deutlich verbessern konnten und wieder zweitstärkste Kraft wurden. Somit erzielte die Regierungspartei erneut die absolute Mehrheit. Mit Repressionen einerseits und Geschenken auf der anderen Seite hatte die Regierung alles daran gesetzt, dass ihre Partei „Einiges Russland“ die Wahl auch dieses Mal gewinnen würde, der Sieger stand im Grunde schon vor der Wahl fest. Die Wahlbeteiligung war gering und wurde mit etwas über 45 Prozent angegeben.

Die Wahl war überschattet von Manipulationsvorwürfen und der Unterdrückung der Opposition im Vorfeld der Wahl; wer tatsächliche Chancen hatte, wurde von der Wahl ausgeschlossen. Auch wenn sich die Umfragewerte der Regierungspartei seit der Duma-Wahl 2016 auf 27 Prozent halbiert hatten, die nötigen Stimmen zusammenzuklauben, sei bislang noch immer gelungen, so Marija Pewtschich aus dem Team des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny: „Ein Bus fährt Leute von Wahllokal zu Wahllokal, damit sie mehrfach abstimmen. Oder die Heimabstimmung: mit der Wahlurne zur Wohnungstür und mit einer dicken Mehrheit für ‚Geeintes Russland‘ zurück.“

Bei der letzten Wahl hatte Russland nur verhältnismäßig wenige OSZE-Wahlbeobachter zugelassen, dieses Mal hatte die OSZE gar keine entsendet, die Auflagen waren zu hoch.

5. Russland: Friedlicher Protest um die Parlamentswahlen unerwünscht

(Amnesty International, Ausschnitte aus der Pressemitteilung, 12. August 2021)

www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/russland-friedlicher-protest-unerwuenscht-versammlungsfreiheit-repression

Immer restriktivere Gesetze, harte Polizei- und Strafverfolgungsmaßnahmen – die Behörden in Russland haben das Recht auf friedliche Versammlung so weit ausgehöhlt, dass es für die russische Bevölkerung fast unmöglich geworden ist, auf sinnvolle Weise zu protestieren. So soll friedlich geäußerte Kritik zum Schweigen gebracht werden. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in einem im Vorfeld der Parlamentswahlen veröffentlichten neuen Bericht. ...

„In den letzten 16 Jahren hat es 13 Gesetzesänderungen gegeben, durch die das auch durch die russische Verfassung garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit Stück für Stück ausgehöhlt wurde. Im Ergebnis hat der Staat praktisch jeden menschenrechtlich garantierten friedlichen Protest, den seine Behörden nicht ausdrücklich zugelassen haben, kriminalisiert“, sagt Peter Franck, Russland-Experte bei Amnesty International in Deutschland. ...

Nach den föderalen Vorschriften dürfen in der Nähe von Gerichtsgebäuden, Gefängnissen, Präsidentenresidenzen und seit Dezember 2020 auch in der Nähe von Rettungstellen keine Versammlungen stattfinden. Regionale Bestimmungen führen zu noch weitreichenderen Einschränkungen: In der Oblast Kirow etwa verbieten örtliche Vorschriften alle Versammlungen in der Nähe von Kultur-, Bildungs-, Medizin- oder Unterhaltungseinrichtungen, Einkaufszentren, Spielplätzen und sogar Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel – also praktisch überall in den Städten. Spontane Versammlungen sind generell verboten und werden, wenn sie dennoch stattfinden, unter massiver Gewaltanwendung aufgelöst. ...

Unter diesen Bedingungen dennoch stattfindenden Protesten begegnet der Staat mit übermäßiger Gewaltanwendung durch Polizeikräfte. Dies wurde insbesondere bei der Niederschlagung der Proteste gegen die fortdauernde Inhaftierung Alexej Nawalnys im April in St. Petersburg deutlich. Es wurden Kampfsporttechniken gegen Demonstrierende eingesetzt, Protestierende mit Schlagstöcken niedergeprügelt und – seit 2021 – auch mit Elektroschockwaffen betäubt. Abgesehen von Einzelfällen bleiben solche Übergriffe ungeahndet.

6. Russland auf dem Weg in den Totalitarismus (Ausschnitt aus dem Gespräch von Roland Bathon mit dem russischen Journalisten und ehemaligen Redenschreiber Putins Abbas Gallijamow, Friedrich Eberth Stiftung, 30.4.2022)

www.ipg-journal.de/interviews/artikel/auf-dem-weg-in-den-totalitarismus-5908

Gallijamow: Bis vor kurzem war die russische Regierung ein typischer Autoritarismus. Dazu ist es in den letzten 20 Jahren nach und nach geworden. Seit Kriegsbeginn tauchen nun Elemente des Totalitarismus auf. Dabei geht es nicht nur um Repressionen, sondern auch um entsprechende Versuche, die Gesellschaft zu mobilisieren, die einen totalitären Staat ausmachen. ...

Autoritäre Staaten wollen keine Menschen, die aktiv am politischen Prozess teilnehmen. Für sie gilt: Unpolitische Bürger sind gute Bürger. Der Staat macht die Politik für sie. Der Totalitarismus will das Gegenteil: Er mobilisiert die Massen, zwingt das Land, sich hinter der Regierung zu versammeln. Solche Entwicklungen sind nun in Russland zu beobachten. Etwa im Bildungssystem, wo das Lehrpersonal an den Schulen ideologisch mobilisiert wird. Während die Sowjetunion ein totaler Staat war, gibt es in Russland aktuell nur Elemente des Totalitarismus. Er droht jedoch allmählich aufgebaut zu werden.